



Coalition
AGAINST TRAFFICKING IN WOMEN



EUROPEAN NETWORK
OF MIGRANT WOMEN



Sisterhood
Is Global
Institute
Diverse. Connected. Action.
A Future for Women



Am 30. November 2022 legte der Minister für Justiz und Strafvollzug, Ronald Lamola, einen Gesetzesentwurf zur öffentlichen Stellungnahme vor, der die Aufhebung aller Straftaten im Zusammenhang mit Prostitution vorsieht und den der Minister als Gesetzesentwurf zur "Entkriminalisierung der Sexarbeit" bezeichnete.

Der Gesetzesentwurf sieht unter anderem die Aufhebung der Strafbarkeit von „Besitz und Betrieb von Bordellen, einschließlich aller Häuser oder Orte, die zum Zweck der Prostitution oder des Besuchs von Personen unterhalten oder genutzt werden“ vor, sowie der „Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen von Personen ab 18 Jahren“. Der Gesetzesentwurf entkriminalisiert die Sex-Industrie in ihrer Gesamtheit, einschließlich der Inanspruchnahme (Sexkauf), des Betriebens eines Bordells und der Vermittlung von Prostitution (Zuhälterei).

Wir, die Unterzeichnenden, Frauen- und MenschenrechtlerInnen, SozialarbeiterInnen, die Betroffene betreuen, und Überlebende der Sex-Industrie aus aller Welt, übermitteln der südafrikanischen Regierung unsere Stellungnahme zum Gesetzesentwurf.

Wir stehen an der Seite der Überlebenden der Sex-Industrie und der BürgerInnen Südafrikas, die diesen Gesetzesentwurf ablehnen.

Prostitution ist weder "Sex" noch "Arbeit": Sie ist ein profitables System der sexuellen Ausbeutung

Prostitution ist eine der brutalsten Formen der männlichen Gewalt gegen und Diskriminierung von Frauen. Berichten zufolge sind zwischen [131.000 und 182.000](#) Menschen in Südafrika im System der Prostitution, fast alle von ihnen wirtschaftlich und sozial entrechtete schwarze Frauen, die einem großen Risiko von physischer, sexueller und psychologischer Gewalt, Vergewaltigung, Entmenschlichung und sogar Todesgefahr ausgesetzt sind. Diese Zahlen würden um ein Vielfaches steigen, sollte Südafrika den Sexhandel entkriminalisieren.

Sollte Südafrika den Kauf sexueller Handlungen (Sexkäufer) entkriminalisieren und den Sexhandel legitimieren, würde es unweigerlich seine Ziele "Schutz, Sicherheit und Gerechtigkeit" und "Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Femizid" verfehlen. Im Gegensatz zu den Annahmen des Justizministers würde der Gesetzesentwurf Frauen in der Prostitution nicht mehr Sicherheit, Zugang zu medizinischer Versorgung oder die Beseitigung von Stigmatisierung bieten.

Der Gesetzesentwurf verkennet, wie das System der Prostitution funktioniert: Die Nachfrage nach Prostitution treibt die Sex-Industrie an

Die Sex-Industrie ist ein Markt, dessen Erfolg vom Gleichgewicht zwischen Angebot, Nachfrage und Gewinnstreben abhängt. Die Profiteure der Sex-Industrie (Bordellbesitzer, Zuhälter, Escort-Agenturen, Pornografen, Betreiber von Prostitutions-Werbeseiten im Internet und andere Ausbeuter) befriedigen die staatlich genehmigte Nachfrage, indem sie enorm vulnerable Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, an Sexkäufer vermitteln (Zuhälterei und Menschenhandel). Ohne das Geld der Sexkäufer würde die milliardenschwere weltweite Sex-Industrie nicht existieren.

Durch die Legitimierung der Nachfrage nach Prostitution würde der Gesetzesentwurf die Sex-Industrie, den Sextourismus und den Menschenhandel in Südafrika ausweiten

Wenn eine Regierung die Sex-Industrie entkriminalisiert, verliert sie die Kontrolle über diese. Der Gesetzesentwurf erlaubt Ausbeutern in allen Formen der Sex-Industrie, von der Straßenprostitution über Bordelle in Privathäusern bis hin zu allen kommerziellen Prostitutionsstätten, Gewinne zu erzielen. Südafrika würde damit zur Hauptstadt des Sextourismus in Afrika und zu einem weltweiten Zielland für Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.

Darüber hinaus schwächt die Entkriminalisierung der Sex-Industrie die Instrumente einer Regierung zur Bekämpfung dieses Menschenhandels. [Neuseeland](#) beispielsweise hat seit der Entkriminalisierung des Kaufs von sexuellen Handlungen und der Sex-Industrie vor zwanzig Jahren keine einzige entsprechende Strafverfolgung eingeleitet, keine Menschenhändler verurteilt und keine Opfer von sexueller Ausbeutung identifiziert. Der Handel mit Kindern ist weit verbreitet und wird nicht geahndet. Sollte dieses Gesetz verabschiedet werden, wird dies auch in Südafrika geschehen.

Der Gesetzesentwurf schützt Frauen nicht vor Gewalt, negativen gesundheitlichen Folgen oder Stigmatisierung: Prostitution ist inhärent gewalttätig und stigmatisierend

Der Gesetzesentwurf kann und wird die mit der Prostitution verbundene Gewalt und Diskriminierung weder eindämmen noch verändern. Aus Berichten geht hervor, dass Frauen in der südafrikanischen Sex-Industrie einem [hohen Maß an Gewalt](#) und [traumatischen Erlebnissen](#) ausgesetzt sind. Sexkäufer, Bordellbesitzer und andere Ausbeuter sind für diese Schläge, Vergewaltigungen, Messerstiche und Misshandlungen verantwortlich - nicht das Gesetz. Ein Gesetz, das die Sex-Industrie entkriminalisiert, wird unter den ärmsten Bevölkerungsschichten Südafrikas unheilbares Leid und eine Gesundheitskrise auslösen.

Dieses Gesetz verstößt gegen grundlegende Menschenrechtsprinzipien und Südafrikas Verpflichtungen nach internationalem Recht

Dieser Gesetzesentwurf verletzt Südafrikas erklärte Verpflichtungen gegenüber grundlegenden Menschenrechtsprinzipien und zum Völkerrecht erheblich. Südafrika hat die [Allgemeine Erklärung der Menschenrechte](#), die [Konvention von 1949](#), die [CEDAW](#), die [UN-Kinderrechtskonvention](#), das [Palermo-Protokoll](#), die [Konventionen der Afrikanischen Union](#), das [Maputo-Protokoll](#) und andere internationale und regionale Abkommen ratifiziert, die Südafrika dazu verpflichten, Missbrauch und Gewalt gegen Frauen und Kinder zu bekämpfen und letztendlich auszumerzen, Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung zu verhindern und die Ausbeutung, insbesondere von Frauen und Kindern, in Form der Prostitution zu bekämpfen.

Das System der Prostitution ist ein Erbe des Kolonialismus und eine Manifestation des Patriarchats; seine Entkriminalisierung ist ein regressiver Akt

Die südafrikanische Regierung muss sich daran erinnern, dass die Prostitution ein Erbe des Kolonialismus aus dem 17. Jahrhunderts ist, das von europäischen Siedlern an die Küsten des Landes gebracht wurde, die schwarze Frauen zu ihrem Vergnügen und zu ihrem Profit vergewaltigten, ausbeuteten und verschleppten.

Der Gesetzesentwurf ist ein Echo dieses dunklen Kapitels der Geschichte und verstößt gegen das Versprechen der südafrikanischen Verfassung, die allen BürgerInnen "Menschenwürde, die Verwirklichung der Gleichberechtigung und die Förderung der Menschenrechte und Freiheiten" garantiert.

Wie Nelson Mandela sagte: "Jedes Mal, wenn Frauen und Mädchen, gewalttätige Angriffe erfahren, schwindet ein Teil unserer Menschlichkeit. Jedes Mal, wenn eine Frau zu ungeschütztem Sex gezwungen wird, weil Männer dies verlangen, zerstören wir Würde und Stolz. Jede Frau, die ihr Leben für Sex verkaufen muss, verurteilen wir zu einem Leben in Gefangenschaft. Mit jedem Moment, in dem wir schweigen, verschwören wir uns gegen unsere Frauen."

Südafrika muss ein fortschrittliches Gesetz verabschieden, das Sexkäufer zur Rechenschaft zieht und nur Personen in der Prostitution entkriminalisiert und ihnen umfassende Unterstützung anbietet.

Wir stimmen mit dem Justizminister überein, dass das derzeitige Gesetz, das Personen in der Prostitution kriminalisiert, geändert werden muss. Niemand sollte für seine eigene Ausbeutung verhaftet oder inhaftiert werden. Es ist bekannt, dass die Polizei im Rahmen der Kriminalisierung Frauen und andere in der Prostitution tätige Personen schikaniert, verhaftet und brutal misshandelt, während die Männer, die sie kaufen, nur selten festgenommen werden. Die vollständige Entkriminalisierung des Sexgewerbes ist jedoch **nicht** die Lösung.

Wir fordern Südafrika auf, stattdessen eine dritte Option in Erwägung zu ziehen - ein Gesetz, das als **Abolitions- oder Gleichstellungsmodell** bekannt ist und das ausschließlich die für sexuelle Handlungen gekauften und verkauften Personen entkriminalisiert, während die Sexkäufer und Ausbeuter für den von ihnen verursachten schweren Schaden und die von ihnen begangenen Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden.

Das **Abolitions-/Gleichstellungsmodell** sieht außerdem vor, dass die Regierung den Menschen in der Prostitution umfassende medizinische Versorgung, Bildungsmöglichkeiten und Ausstiegshilfen bietet.

Wir fordern Südafrika auf, als erstes afrikanisches Land das **Abolitions-/Gleichstellungsmodell** zu verabschieden, das die Gleichstellung der Geschlechter und die Menschenrechte fördert. Es ist auch ein wirksames Instrument, um das kulturelle Paradigma zu ändern, das Frauen als Bürger zweiter Klasse und als Ware betrachtet, die nach dem Willen von Ausbeutern und Sexkäufern gekauft, verkauft und vergewaltigt werden können. Es ist an der Zeit, dieses fortschrittliche Gesetz zu verabschieden.

Stellen Sie sich auf die Seite der Überlebenden, Südafrika, nicht auf die Seite der Sex-Industrie.

UNTERZEICHNERINNEN